

Endlich kam es zu ersten Auseinandersetzungen, als Staatssekretär Erbsberger erklärte, Deutschland werde nicht der Finanzklaw der Alliierten sein. Alle Einwendungen fertigt Marshall Foch mit der Erklärung ab, es handle sich dabei um Finanz-, also Rechtsfragen, während hier nur Kriegsfragen verhandelt werden sollen. Auf eine Anfrage über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Türkei erteilt zunächst weder Foch noch der anwesende englische Vertreter eine Antwort. Endlich sagt Foch nach vielfachem Drängen eine Prüfung der Frage zu.

Die deutsche Friedensabordnung.

Scheidemann und Graf Brockdorff-Rangau.

Bei einer Wahlrede in Kassel teilte Volksbeauftragter Scheidemann mit, daß die deutsche Friedensdelegation von ihm selbst und dem Staatssekretär des Äußeren, Graf Brockdorff-Rangau geführt werde.

Mit Bezug auf die neuen schweren Forderungen der Entente anlässlich der Verlängerung des Waffenstillstandes erklärte Herr Scheidemann: Wenn die Entente glaubt, Deutschland für alle Zeiten ruinieren zu müssen, mag sie auch selbst die Verantwortung tragen. Man wird schnell genug zur Besinnung kommen; denn das hungernde Deutschland ist der Boden, über den die russische Welle des Bolschewismus hinweggehen wird, ohne an den Grenzen Frankreichs und Englands halt zu machen. Wenn die Entente glaubt, uns vernichten zu können, dann kann sie es nur um den Preis, daß sie selbst dabei zugrunde geht.

Wir haben trotz der schwierigen Lage einem solchen Gegner gegenüber den guten Willen, Frieden zu schaffen. Ich soll ganz besonders deshalb der deutschen Friedensdelegation angehören, um aller Welt zu zeigen, daß ein neues Regiment in Deutschland besteht, ein sozialistisches und demokratisches Deutschland. Es ist klar, daß für unsere Verhandlungen nur das Wilsonsche Programm in Frage kommen darf.

Am Schluß teilte der Volksbeauftragte mit, daß die Nationalversammlung wahrscheinlich am 6. Februar zusammentreten werde.

Die Ziele der deutschen Unterhändler.

Die Reichsregierung hat sich vor einigen Tagen mit der Aufstellung der Richtlinien für die Friedenskonferenz beschäftigt. Es wurde beschlossen, daß den beiden Führern Graf Brockdorff-Rangau und dem Volksbeauftragten Scheidemann ein großer Stab diplomatischer, wirtschaftlicher, finanztechnischer und rechtspolitischer Mitarbeiter beigegeben werden sollte. Die Delegation wird sich strikt auf den Standpunkt des Wilsonschen Programms stellen und alle Forderungen ablehnen, die darüber hinausgehen, sie wird sich der Weiterführung des Wirtschaftskrieges nach dem Friedensschluß widersetzen und für die sofortige Aufhebung aller wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen eintreten. Damit soll zugleich die wirtschaftliche Annäherung der Völker angebahnt werden, wozu auch die internationale Regelung der Fragen des Arbeiterkampfes und der Arbeiterversicherung gehört.

Ferner wird die Bereitwilligkeit der Abrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft erklärt werden. Die Delegierten sind angewiesen, auf der Heimführung aller gefangenen Deutschen schon bei Beginn der Verhandlungen nachdrücklich zu bestehen. Sie werden ferner für eine Wiedereinführung Deutschlands in seine kolonialen Rechte im Rahmen des Wilsonschen Programms einzutreten haben. Bei der Behandlung der territorialen Fragen in Europa und Vorderasien werden unsere Unterhändler den großen Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker ebenso wohl zugunsten anderer anerkennen, wie sie es zugunsten des deutschen Volkes in Anspruch nehmen müssen. Dies gilt insbesondere für die polnische und elsass-lothringische Frage. Unsere Vertreter sind schließlich angewiesen, nach allen ihren Kräften die Erreichung des Völkerbundes im Geiste der Wilsonschen Vorschläge und in Verbindung mit der internationalen Schiedsgerichtspartei zu fördern.

Der bedrohte deutsche Bergbau.

Ober- und Rheinland-Westfalen.

Bedrohender Generalstreik in Ober- und Rheinland-Westfalen. Donnerstags fanden in Katowitz Verhandlungen mit den Vertrauensleuten der Bergarbeiter statt, an denen der preußische Minister Sirich und der Volksbeauftragte Landsberg aus Berlin teilnahmen. Bei diesen Verhandlungen handelte es sich um die Forderung einer einmaligen Entschädigungszulage von 300 Mark. Die Forderung wurde aber von den Unternehmern abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß sie großpolnisch-bolschewistische Natur sei, und daß wegen der Vermögenslage der Betriebe die Forderung nicht erfüllt werden könne. Die Verhandlungen verliefen sehr förmlich. Die Bergarbeiter erklärten, ohne ein günstiges Resultat nicht auf den Streik zurückgehen zu können. Falls die Forderungen nicht demühtig würden, sei das oberstelektische Kohlenrevier fest entschlossen, am Montag den Streik zu proklamieren.

Arbeitsverhinderung in Rheinland-Westfalen. Der Bergbauverein in Essen richtete an den Volksbeauftragten Ebert in Berlin ein Telegramm, in dem bei Fortbauer der Verengung der arbeitwilligen Mehrheit durch eine sozialistische Winderheit eine Katastrophe vorausgesagt wird. Auf der Schachtanlage Lohberg bei Hamborn drangen Spartakisten, an der Spitze der Arbeiterrat, in die Grube ein und haben die Belegschaft von etwa 2000 Mann gezwungen, auszufahren. Die Spartakisten bewaffneten sich danach mit Maschinengewehren und Handgranaten und stellten dann Patrouillen rund um den Ort auf. Die anwesenden Regierungstruppen mußten ableben. In Dulsburg erschienen nach den Spartakisten-Anrufen der letzten Tage als Forttruppen der angeforderten feindlichen Delegation sechs Offiziere (Franzosen, Belgier, Engländer und Amerikaner) mit zunächst 25 Mannschaften. Ihre Aufgabe ist vorläufig neben der Beobachtung der hierigen Verhältnisse die Kontrolle der Schiffahrt und die Sicherstellung der Kohlentransporte. Sowie irgendwelche weiteren Unruhen ausbrechen, ist die allgemeine Belegung angeordnet. Der Oberbürgermeister Dr. Luther aus Essen, der Abgeordnete Guss, Generalsekretär Zengelmann und Herr von und zu Löwenstein wurden durch den Volksbeauftragten Hülff nach Berlin berufen, wo eine Sitzung über die Frage der Sozialisierung des Bergbaues mit dem vom Reich des rheinisch-westfälischen Industriebezirks ernannten Volkskommissar für den Bergbau stattfinden.

Aufhebung der Republik Cuxhaven.

Es bleibt alles beim alten.

Hamburg, 17. Januar.

Der Arbeiterrat Cuxhaven gibt bekannt, daß der Beschluß des Rates vom 11. Januar, der zur Erklärung der Republik Cuxhaven führte, rückgängig gemacht wird.

Dieser Beschluß ist offenbar durch den Streik der Beamten herbeigeführt worden. Aus Cuxhaven wird darüber gemeldet: Räumlich um 8 Uhr morgens, nachdem vom Reich auf die aufgeforderte Forderung der Staats- und übrigen Beamten eine Antwort nicht einging, wurde ein

Runden plötzlich, wie vorausgesetzt, alle Räder der staatlichen Betriebe still. Der Demonstrationsstreik, dem sich auch noch die Bankgeschäfte, Ärzte und Apotheken angeschlossen hatten, nahm seinen Anfang. Nach einer Massendemonstration bezog sich ein großer Demonstrationszug, in dem sich viele Dekadenzisten und Matrosen befanden, mit einem Musikkorps an der Spitze nach der Kommandantur, deren Fenster mit Maschinengewehren, Gewehren und Handgranaten gespickt waren. Nach längeren Verhandlungen gelang es einer Kommission, sich Eintritt zu verschaffen. Die Absperrung führte dann zu einer Einigung. Der Geldverkehr sowie der Verkehr der Reichsbehörden gehen wieder ihren alten Gang.

Politische Rundschau.

+ Der Eid der Regierungstruppen. Mannschaften und Offiziere der Regierungstruppen haben, wie in Berlin amtlich bekanntgegeben wird, folgenden Eid geleistet: „Ich verpflichte mich, der deutschen sozialistischen demokratischen Republik mit allen Kräften und nach bestem Wissen als Soldat zu dienen. Die jetzige provisorische Regierung werde ich unbedingt schützen und sie unterstützen in der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern und an den Grenzen des Reiches. Ich trete ein für ungeschulte Nationalwahlen, den Schutzbefehl der Nationalversammlung und der von dieser beschlossenen Gesetze.“

+ Die Unterjagung im Fall Liebknecht-Luxemburg. Wie verlautet, hat das Kommando der Garde-Kavallerie-Schützen-Division in Berlin durch den Oberbefehlshaber Moskalew bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, zu der Unterjagung des Falles Liebknecht-Luxemburg einen neutralen Vertrauensmann aus den Reihen der Unabhängigen Sozialdemokratie auszuwählen. Das Kommando hat sich an das Polizeipräsidium gewandt, damit die Polizei an der Aufklärung der nächtlichen Vorgänge am Hotel Eden und an der Corneliusbrücke mitwirken soll. Auch die Regierung ordnet strengste Unterjagung an.

Amerika.

x Freigabe beschlagnahmter Schiffe. Das Schiffsamt der Vereinigten Staaten macht bekannt, daß alle während des Krieges beschlagnahmten Schiffe freigegeben werden mit Ausnahme jener, die für Heereszwecke fahren. An Stelle der noch zurückgebliebenen Schiffe erhalten die Eigentümer Lohne für Tonne durch Schiffe ersetzt, die die Regierung gebaut hat.

Vermischtes.

Berliner Reiseagenten. Ein heiteres Geschehen aus den ersten Revolutionstagen hat in Köthen (Anhalt) verständnisvolle Seiten erregt. Ein dortiger Fabrikbesitzer wurde während eines Besuches in Berlin von dem Ausbruch der Revolution überrascht und sah sich der Möglichkeit beraubt, nach Hause zurückzukehren, da der eingeschränkte Zugverkehr keine Aussicht bot, fortzukommen. Ratlos pilgerte er durch die Straßen Berlins, als er plötzlich von zwei Landsturmmunteroffizieren angesprochen wurde, die in seiner Heimatstadt in Garnison lagen und nach Berlin kommandiert waren, um einen militärischen Bäckling nach der Garnison zu transportieren. Dem aber hatte die Revolution die Freiheit wiedergegeben und so standen die beiden Feldherren vor der Notwendigkeit, ergebnislos nach Hause zu fahren. Nun ergriff der Fabrikbesitzer die günstige Gelegenheit nach Hause zu kommen, indem er die Rolle des Arrestanten übernahm. Zunächst wurde er einmal auf seine Kosten gehörig gefußt, und dann machte man sich auf den Weg zum Bahnhof. Der „Arrestant“ wurde in die Mitte genommen, und so wurde die Bahnstrecke passiert. Wenn verfuhr man bei den Revisionen im Zuge. „Zwei Mann und ein Arrestant“ hieß es, mit einem Hinweis auf den lächerlich tief geknickt auf seinem Koffer sitzenden Begleiter. Die Offiziere, die der sehr elegante Herr dabei über sich ergehen lassen mußte, waren meist sehr geübt. Aber man kam auf diese Weise doch bis nach Calbe, von wo aus der während des Aufenthalts in Magdeburg telephonisch herbeigerufenen Wagen des Fabrikbesitzers das Kollegium nach Hause brachte.

o 200 000 Arbeitslose in Groß-Berlin. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Berlin auch im neuen Jahre in der Zunahme begriffen. Man ist zu der Annahme berechtigt, daß die Gesamtzahl der Groß-Berliner Arbeitslosen bald das zweite Hunderttausend erreicht haben wird.

— Beilagen. Der heutigen Gesamtauflage unserer Zeitung liegt ein Wahlauftrag der Deutschen Demokratischen Partei bei, der Stadtauflage ein weiteres Flugblatt derselben Partei.

Letzte Drahtberichte

von „Wilsdruffer Tageblatt“.

Verlegung der Nationalversammlung nach einem Orte Mitteldeutschlands.

Berlin, 18. Jan. (tu.) Wie der Lokal-Anzeiger erfährt, hat die Regierung sich nach reiflicher Erwägung nunmehr endgültig entschlossen, die Nationalversammlung nicht in Berlin zusammentreten zu lassen. Maßgebend bei dieser Entscheidung dürften in erster Linie die von süddeutscher Seite geäußerten Wünsche gewesen sein, die darauf ausgingen, die Konstituante an einem mehr zentral gelegenen Orte Deutschlands tagen zu lassen. Man wird also einen Ort in Mitteldeutschland zu wählen haben. Die Entscheidung dürfte gleichzeitig den Vorteil im Gefolge haben, daß die Nationalversammlung frei von Störungen arbeiten kann.

Die Aufrechterhaltung der Ordnung in Berlin durch die Truppen zugesagt.

Berlin, 18. Jan. (tu.) Die gestrige Sitzung der Groß-Berliner Soldatenräte nahm nach längerer Debatte einstimmig eine Resolution an, nach der sich sämtliche Truppen Groß-Berlins verpflichten, die Regierung bei der Entwaffnung der Zivilbevölkerung, der Sicherung der Nationalversammlung und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Andererseits verlangt die Resolution, daß nach dem Abschluß der Wahlen die auswärtigen Truppen von Berlin zurückgezogen und die freiwilligen Wehren entwaffnet und aufgelöst werden.

Wunsch der Großherzogin von Luxemburg.

Amsterdam, 18. Jan. (tu.) Havas meldet aus Luxemburg: Nach Ablegung des Eides hat die Großherzogin Charlotte erklärt, sie verlange mit dem luxemburgischen Volke zusammenzuarbeiten, um das Band der Freundschaft zu verfestigen, welche in der Entente bestehen müsse.

Betrachtung zum 2. Sonntag nach Epiphania.

Ein wunderliches Christentum, welches sich Viele heutzutage zurecht gemacht haben! Ein Christentum ohne Christus! Sie wollen keinen Erlöser; denn dann müßten sie beides zugeben: daß sie sündige Menschen sind und zum andern, daß sie verlorene Menschen sind, die ohne eine Erlösung dem ewigen Tode verfallen wären. Beides wollen sie nicht zugeben. Aber ein anderes wollen sie gern: einen himmlischen Vater, dessen Erbarmen ohne Ende und dessen Liebe ohne Aufhören ist.

Da lesen wir nun in der Schrift: „Wer den Sohn leugnet, der hat auch den Vater nicht; wer den Sohn bekennt, der hat auch den Vater.“ Ist es nicht so? Was wissen wir denn von Gottes väterlicher Liebe ohne den Sohn? daß ein Gott ist, der die Welt geschaffen hat und dessen heilige Allmacht allüberall regiert, das wußten die Heiden auch. Auch ohne Christum magst du das erkennen und nur die Tore sprechen in ihrem Herzen: „es ist kein Gott.“ Aber daß dieser Allmächtige auch der Allliebende ist, daß er unser Schöpfer, dein Vater sein will, welche Stimme im Himmel und auf Erden hat dir das gesagt? Im Palschlag der Natur schlägt nicht sein Herz und in den Werken seiner Hand zeigt sich seiner Liebe tiefste Fülle nicht. Woher weißt du von ihm? Nur in dem Sohne, von dem das neue Testament uns sagt, wird der Vater erkannt. Der seines Sohnes nicht verschont hat, um uns zu retten; der uns in ihm seiner Liebe versichert hat und uns durch sein Wort die Wege hat zeigen lassen, aus denen wir zu ihm kommen können; der uns in Christo die Verheißung des ewigen Lebens und ewigen Lobes gegeben hat, den kennen wir als Vater. — „Gott“ rufen die Heiden; von einem „Herrn“ weiß Israel; „Abba, lieber Vater“ dürfen die Christen sprechen als Gottes liebe Kinder. Darum wer den Sohn leugnet, der kann auch den Vater nicht haben.

Das ist aber der Widerspruch, der den Sohn und den Vater leugnet. Widerchristentum ist ein Christentum, welches das Zerstückeln des wahrhaftigen Christentums ist. Es gibt vor, heilig machen zu können und vermag nur in der Sünde zu erhalten. Es verpflichtet Frieden, Gnade und Heil und richtet Unfrieden und Unheil an. Es tut als ob es den Himmel womöglich schon auf Erden schenken könnte und schlägt selbst die Pforten des ewigen Himmels zu. Laß Christus weg aus dem Christentum und das Widerchristentum ist da. Davor bewahre und behüte Gott uns und unser Volk.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 18. Januar 1919.

An die Herren Wahlvorsteher!

Die Herren Wahlvorsteher bitten wir, uns das Ergebnis der Wahlen so fort telephonisch zu übermitteln. Das Fernsprechamt hat am Wahltage bis in die Nacht hinein ununterbrochen Dienst.

„Wilsdruffer Tageblatt.“

— Was die Woche brachte. Am Anfang der vergangenen Woche wollte es fast scheinen, als würde statt der frühjahrähnlichen Bitterkeit Kälte einsetzen. Die Quecksilbersäule des Thermometers war ziemlich zurückgegangen und Eisbildungen zeigten sich am Morgen. Bald erhöhte sich aber die Temperatur wieder und nach vorübergehendem Nebel und Regen war das Wetter der vorhergehenden Woche wieder hergestellt. — Die Wahl zur Nationalversammlung steht vor der Tür! Sie unterscheidet sich in ihrer Bedeutung ganz wesentlich von der früheren Reichstagswahl. Der Reichstag stand nur neben Kaiser und Bundesrat, und diese konnten ihn, wenn er ablehnte, sich mit ihnen zu einigen, auflösen und nochmals sich an die Wähler wenden. Die Nationalversammlung vertritt in sich alle Kräfte, die Kaiser, Bundesrat und Reichstag zusammen ausübten. Sie allein wird entscheiden, ob die neue Republik sich zu einer sozialistischen oder demokratischen ausgestalten wird und ob in ihr das Privatkapital eingeschränkt oder abgeschafft oder im wesentlichen erhalten bleiben soll. Weiter wird sie sich zu beschaffen haben mit dem Verhältnis zu Staat und Kirche, mit der zukünftigen Gestaltung des Schul- und Heereswesens, mit der Stellung der Bundesstaaten im Reich, mit Steuer- und Wirtschafts- und vielen anderen wichtigen Fragen. Diesmal kommt es auf alles an; es muß also jede Frau zur Wahl gehen. Alle Ausreden sind hinfällig. Mit dem Stimmzettel soll bewiesen werden, daß die Zahl derer noch groß ist, die dem deutschen Volke und dem deutschen Reichsgedanken die Treue halten. In diesem Sinne wollen wir der Zukunft mit Zuversicht entgegenzusehen.

— Für unsere Heimat. Wir leben jetzt dahin wie in einem Rausch, trunken von Ereignissen. Was gestern unsere Gedanken stark und voll beschäftigte, es liegt heute in der Erinnerung bereits weit hinten, und morgen wird es vergessen und verloren sein für immer. Wer mag dieser Tage flüchtiges Gedächtnis festhalten? — Darum sei auf das Werk aufmerksam gemacht, das der Verein für Heimatkunde herausgibt: Unsere Heimat im Weltkrieg. Unparteiisch und in strenger Sachlichkeit zeigt es das große Geschehen dieser Zeit auf heimatlichem Grunde und setzt uns in den Stand, noch nach Jahren diese Tage in all ihren Einzelheiten wieder aufleben zu lassen. Der Jahrgang 1914 ist bereits in Broschürenform zu 2 Mk. fertiggestellt. Je rascher das Betriebskapital durch Absatz des Jahrgangs 1914 wieder sichergestellt ist, desto schneller werden die übrigen Jahrgänge folgen.

— Umfassender. Wir weisen auch an dieser Stelle ganz besonders darauf hin, daß die Erklärungen bis Ende dieses Monats einzureichen sind. In den beteiligten Kreisen besteht vielfach die Ansicht, das am 1. Aug. 1918 in Kraft getretene Umsatzsteuergesetz werde infolge der Ereignisse der letzten Monate nicht ausgeführt werden, insbesondere sei eine Einhaltung der Vorschriften über die Buchführung (§ 15) und die Verpflichtung zur Steuererklärung (§ 17) nicht erforderlich. Es ist selbstverständlich, daß gerade in der gegenwärtigen Lage des Reichs auf eine möglichst

Amtlicher Teil.

Kartoffelversorgung.

In Ergänzung von Ziffer 2 der Bekanntmachung über die Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1918/19 vom 7. September 1918 — 1910 VLAIV — abgedruckt in Nr. 210 der Sächsischen Staatszeitung vom 9. September 1918 wird folgendes angeordnet:

Kommunalverbände, die die Wochenration an Kartoffeln für die versorgungsberechtigte Bevölkerung unter 7 Pfd. herabgesetzt haben, werden ermächtigt, die Fristen, bis zu denen die auf Landeskartoffelkarte Versorgten auszureichen haben, entsprechend zu verlängern und von dem auf den C-Abschnitt der Landeskartoffelkarte gelieferten Zentner unter Berücksichtigung des inzwischen eingetroffenen Schwundes diejenige Kartoffelmenge zugunsten der allgemeinen Versorgung zu beschlagnahmen und zu enteignen, die der Verabfolgung der Wochenration entspricht.

65 VLAIV
Dresden, am 15. Januar 1919.

Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

Umsatzsteuererklärung U.

Die den Steuerpflichtigen zur Einreichung der schriftlichen Erklärung gestellten **Vordrucke sind bis spätestens 31. Januar 1919 in der hiesigen Stadtsteuerkasse** abzugeben.

Für die Ausfüllung ist besonders zu beachten, daß auf Seite 2 des Vordruckes an der mit **Blau** kenntlich gemachten Stelle der Gesamtbetrag aller vereinnahmten Entgelte einzusetzen ist, der in den Monaten August bis Dezember 1918 (also in 5 Monaten) erzielt wurde. Auf Seite 3 des Vordruckes ist der Tag der Abgabe der Erklärung einzutragen und darunter die **eigenhändige Unterschrift** des Steuerpflichtigen anzubringen. Ueber etwa auftretende Zweifel bei Ausfüllung der Erklärung wird in der hiesigen **Stadtsteuer-Kasse** Auskunft erteilt.

Nach § 51 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuer-Gesetz sind die für die Entrichtung der Umsatzsteuer infrage kommenden gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen in Wilsdruff verpflichtet, die oben erwähnten Erklärungen schriftlich einzureichen, oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues, sowie der Bergwerkbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebs im Sinne des Umsatzsteuer-Gesetzes. Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwältinnen, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig. Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer nach dem Satze von 5 v. H. sind diejenigen Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 Mark beträgt. Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch genommene Steuerfreiheit ist erwünscht.

Für die Lieferung von Luxusgegenständen besteht keine derartige Befreiung. Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mark nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wesentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrag der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mark bis 100000 Mark ein. Der Versuch ist strafbar.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnis des Umsatzsteueramtes, die Veranlagung auf Grund schätzungsweise Ermittlung vorzunehmen.

Wilsdruff, am 16. Januar 1919.

Der Stadtrat als Umsatzsteueramt.

Montag, den 20. Januar Anmeldung von Marmelade in allen Geschäften. Weißer Warenbezugschein Nr. 19 und gelber Warenbezugschein Nr. 19.

Montag, den 20. Januar gelangt, soweit der Vorrat reicht, gegen Vorlegung und Abstempelung der roten Nahrungsmittellisten condens. Magermilch ohne Zucker zum Verkauf. Es werden auf je zwei Karten 1 Büchse abgegeben und zwar in der Verkaufsstelle des Konsum, Apotheke und Drogerie Kiegl.

Mittwoch, den 22. Januar vormittags 9—1 und nachmittags 2—5 Uhr in der neuen Schule Verkauf von

Rote Mähren	1 Pfd.	14 Pfg.
Gelbe	1	8
Strunkkohlrabi	1	8
Sellerie	2	95

Wilsdruff, am 18. Januar 1919.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

An die Herren Gemeindevorstände des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff.

Um das Wahlergebnis des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff für die Nationalratswahlen rechtzeitig zusammenstellen zu können, bitten wir, uns das Wahlergebnis Ihres Wahlbezirks nach der Zusammenstellung am Sonntag abend **sofort dringend dem „Wilsdruffer Tageblatt“, Fernsprech-Anschluß Nr. 6, zu telephonieren.** Es bedarf nur der Bezeichnung: Liste Gradnauer, Liste Kiegl, Liste Fleißner, Liste Burlage, Liste Feinze, Liste Kiegl mit Angabe der dazu gehörigen Einzelergebnisse.

Geschäftsstelle des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Wählt am 19. Januar die Kandidaten der Sozialdemokratie.

- Die Sozialdemokratie kämpft für Freiheit und gegen jede Unterdrückung.
- Die Sozialdemokratie hilft den Kriegsverletzten und schützt sie.
- Die Sozialdemokratie nimmt sich der Kriegserwitwen und Waisen an.
- Die Sozialdemokratie hilft den Arbeitslosen durch Unterstützung und Aufbau des Wirtschaftslebens.
- Die Sozialdemokratie ist den Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Privatbeamten und Beamtinnen eine Helferin.
- Die Sozialdemokratie nimmt sich der Interessen der Rentempfänger und Pensionäre an.
- Die Sozialdemokratie wird Handel und Verkehr in die Höhe bringen und jedem, der arbeitet, die Möglichkeit eines guten Einkommens geben.
- Sie schützt die Mütter und Kinder.
- Sie verteidigt die jungen Rechte der Frauen und Mädchen.
- Sie wird die Bildung des Volkes heben.
- Sie sorgt für bessere Ernährung des Volkes.
- Die Sozialdemokratie bekämpft mit allen Mitteln die bürgerlichen Parteien, die bisher nichts für das Volk übrig hatten. Sie ist der Erbfeind des Kapitalismus.
- Sie schützt den Menschen vor Ausbeutung durch den Menschen.
- Sie lehnt aber auch den Bolschewismus ab, denn er bringt uns wirtschaftliches Elend und geistiges Verderben.

**Kommt Arbeiter, Beamte, Handwerker, Kaufleute, Landwirte!
Kommt Frauen und Mädchen!
Kommt Kameraden!**

Wählt am 19. Januar

Liste Gradnauer, Buck u. Genossen

Bürgerinnen!

Am 19. Januar Nationalrats-, am 2. Februar Landtags-, am 9. Februar Stadtverordneten-Wahl.
An diesen Tagen darf niemand der Wahlurne fernbleiben.

Bürger!

Deutsches Bürgertum!

**Die Deutsche Volkspartei vereinigt in sich
die Mittellinie der bürgerlichen Parteien.**

**Darum wählen
alle bürgerlichen Wähler und Wählerinnen
am 19. Januar die Liste**

Dr. Rud. Heinze

Das Geheimnis der alten Wamsell.

21) Roman von G. Marlitt.

Sie zeigte auf ein königliches Blatt, dessen Spitze umgebogen war, und das sich in tausendfachen Umrisen ad hoc von dem durchsichtigen Gewebe. Felicitas erwiderte kein Wort, doch sie preßte die Lippen aufeinander und sah fest in das Gesicht der Adlerin. . . Die Regierungsrätin wandte sich hastig ab und legte die rechte Hand über die Augen.

„Ach, liebes Kind, jetzt hatten Sie wieder einmal Ihren strengen Blick!“ sagte sie. „Es schied sich wirklich nicht für ein junges Mädchen in Ihren Verhältnissen, andere so herabsehend anzusehen. Denken Sie nur an das, was Ihnen Ihr wahrer Freund, unser guter Sekretär Wellner, immer sagt: „Hübsch demütig, liebe Karoline!“ . . . Sehen Sie, da haben Sie nun gleich wieder einen verächtlichen Zug um den Mund — das könnte einen beinahe ärgern! . . . Wollen Sie sich denn wirklich auf das Romantische spielen und das Anerbieten dieses Ehrenmannes hartnäckig zurückweisen, weil — Sie ihn nicht lieben? . . . Wäghelch! Da wird schließlich mein Vetter Johannes doch einen Nachspruch tun müssen!“

Wie mußte sich das junge Mädchen in der Selbstbeherrschung geübt haben! Bei den letzten Worten der Regierungsrätin fuhr sie empor; man sah, wie ihr das rebellische Blut nach dem Kopfe stürzte; das plötzlich hoch emporgeschickte Haupt erhielt einen Augenblick etwas Dämonisches durch den Ausdruck des Hasses und der Verachtung. Dennoch sagte sie gleich darauf ruhig und kalt: „Ich werde es darauf ankommen lassen.“

„Wie oft soll ich denn noch bitten, Adele, diesen widerwärtigen Handel nicht mehr zu berühren!“ sagte Frau Hellwig erbittert. „Widest du dir denn ein, in wenig Wochen diesen Sturkopf, dieses Stück Holz zu brechen, nachdem ich's neun Jahre umsonst versucht habe? Sobald Johannes kommt, wird die Sache ein Ende nehmen, und ich mache meine drei Kreuze. . . . Geht geh und hole mir Hut und Mantille.“

„Herzliche Sie Felicitas zu. Ich hoffe zu Gott, daß diese Stämperlei“ sie warf das Taschentuch verächtlich beiseite, „die letzte ist, die du dir in meinem Dienste hast zuschaden kommen lassen!“

Felicitas ging schweigend hinaus. Bald darauf schritten Frau Hellwig und ihr Gast über den Marktplatz. Die schöne Frau führte ihr krankes Kind mütterlich zärtlich an der Hand. Verächtliche Köpfe lachten aus den Fenstern und sahen der

reizenden Erscheinung nach, die für alle ein sanftes, linderndes Lächeln hatte. Rosa, ihr Dienstmädchen, und Friederike folgten mit Körben am Arme; das Abendbrot sollte draußen im Garten gegessen werden, zugleich wollte man Kränze und Girlanden binden. Morgen würde der junge Professor nach neunjähriger Abwesenheit im Elternhause erwartet, und obgleich Frau Hellwig über die „Mansereien“ brummte, ließ es sich die Regierungsrätin doch nicht nehmen, das Zimmer des Ankömmlings zum Willkommen zu schmücken.

11.

Heinrich schloß die Haustür, und Felicitas stieg die Treppe hinauf. Der schmale Gang mit seiner dumpfen, eingeschlossenen Luft, der sich da oben seitwärts abzweigte, wie zeh und traut umring er das junge Mädchen, das eilig hinsturzte! Dann kam ein stiller, abgelegener Vorplatz; auf schiefe Wände ein plumpes, wunzigerechnenes Treppengeländer, das unten aus unheimlicher Dämmerung emporstieg, und auf eine uralte, mit feiggemalten Tulpen und ziegelfarbenen Rosen bedeckte Tür fiel hier ein kaltes Lichtschein, den bunteleuchtene Gläser hineinwarfen. Felicitas zog einen Schlüssel aus der Tasche und öffnete getuschelt die Tür, hinter der eine schmale, dunkle Treppe nach der Mansarde führte.

Das junge Mädchen hatte den halbschreienden Weg über die Dächer nur ein einziges Mal machen müssen, von jenem Tage an war ihr der Eintritt in die abgeschlossene Kammer der alten Wamsell unverwehrt. Während der ersten Jahre hatten sich ihre Besuche auf den Sonntag beschränkt, sie war dann in Heinrichs Begleitung hinausgegangen. Nach ihrer Konfirmation jedoch hatte ihr die alte Wamsell den Schlüssel zu der gemalten Tür übergeben, und seitdem benutzte sie jeden freien Augenblick, um hinauszuschlüpfen. . . . sie führte sonach ein Doppelleben. Es war nicht nur äußerlich, daß sie dabei Höhe und Tiefe verlor, zwischen trüber Dämmerung und klarem Sonnenlichte wechselte — ihre Seele machte dieselbe Wandlung durch, und allmählich war sie so erstarrt, daß zuletzt alle Schatten, alles Trübe der unteren Region hinter ihr blieben, sobald sie die schmale, dunkle Treppe hinaufstieg. . . . Unten handhabte sie Vögelstiefel und Kochlöffel; ihre sogenannte Erholungszeit mußte sie ausfüllen mit Stickereien, deren Ertrag zu wohlthätigen Zwecken bestimmt war, wie wir bereits gesehen haben, und außer der Bibel und einem Gebetbuche wurde ihr jede Lektüre streng verwei-

hert. In der Mansarde dagegen erschlossen sich ihr die Wunder des menschlichen Geistes. Sie lernte mit wahrer Begierde, und das Wissen der rätselhaften Einsamen da droben war wie ein unerschöpflicher Quell, wie ein geschliffener Diamant, dem nach jeder Richtung hin Funken entströben. . . . Kaiser Heinrich wußte niemand im Hause um diesen Verkehr, die leiseste Ahnung seitens der Frau Hellwig würde ihm natürlicherweise sofort den Todesstoß verjagt haben. Trotzdem hatte die alte Wamsell dem Kinde stets eingeschärft, streng die Wahrheit zu sagen, wenn es jemals darum befragt werden sollte. Dazu kam es indes niemals; Heinrich wachte treulich, er stand auf der Lauer und hatte Augen und Ohren offen.

Die dunkle Treppe war erklimmt. Felicitas blieb hockend vor einer Tür stehen, schob einen kleinen Schieber seitwärts und blickte lächelnd hinein. Da drin ging es toll zu — es war ein seltsames Gemisch von Singen, Piepen und

Schreien. Inmitten des Raumes erhoben sich zwei Tannen; die Wände entlang liefen Baskette, wie sie ein Garten nicht frischer aufweisen konnte, und auf dem Gezweige hauste ein lustiges Vogelgeflügel. Das war das Lebendige, das sich die alte Wamsell in ihre stille Einsiedelstube heraufgeholt hatte. Die kleinen melodischen Fehlen sangen zwar immer die nämlichen Weisen, aber dafür hatten sie auch nicht jene unselige Wandelung der Menschenzunge, die heute „Hosianna“ und morgen „Kreuzige“ ruft.

Felicitas schloß den Schieber und öffnete eine zweite Tür. Der Lefer hat bereits vor Jahren einen Blick in diesen eben umspannenen Raum geworfen, er kennt die Versammlung erner Köpfe, die sich an den Wänden hinreißt, aber er weiß nicht, daß sie in innigem Zusammenhange stehen mit jenen großen, in roten Maroquin gebundenen Büchern, die dort in einem altväterlichen Glaschrane ausgefächelt liegen. . . . Es ist eine gewaltige Flut, die von jenen Stürmen ausgegangen — wer sie zu entsehlen versteht, der kennt keine Einsamkeit, kein Verlassenheit. . . . Die großen Tonmeister verschiedener Zeiten waren es, welche in Bild und Worten das Wohl der alten Wamsell teilten, und wie sich die Freudenten vermittelnd und unparteiisch um alle Büsten schlangen, ebenso vorurteillos begeisterte sich die einsame Klavierpielerin an der altitalienischen wie an der deutschen Musik. Der Glaschrank barg aber auch noch Schätze, die einen Autographensammler in Ekstase hätten verjehen können. Manuskripte und Handschriften jener gewaltigen Männer, die meisten voll seltenem Werte, lagen in Wappen hinter den Scheiben.

(Fortsetzung folgt).

vollkommene Ausführung des Umschlaggesetzes — und dasselbe gilt von allen anderen Steuern — der allergrößte Wert gelegt werden muß. Die Steuergesetze bleiben un-
ändert in Kraft.

— **Öffentliche Wahlversammlung.** Die Deutsche Demokratische Partei hatte für gestern abend zu einer öffentlichen Wahlversammlung nach dem „Weißen Adler“ eingeladen. Nach begrüßenden Worten des Herrn Seidel sprach Herr Apotheker Schulz über den „Aufmarsch der Parteien.“ Ausgehend von den alten politischen Parteien, die mit Ausnahme der sozialdemokratischen die rauhen Novemberstürme des Vorjahres samt und sonders nicht überstanden haben, zeichnete er in großen Umrissen ein klares und sachliches Bild von den neuentstandenen Parteien, ihren Grundlagen und Zielen unter besonderer Würdigung und Erörterung des Programms der von ihm vertretenen Deutschen Demokratischen Partei. Seiner Ausführungen wurde seitens der Anwesenden reichlicher Beifall zuteil, den Herr Seidel noch in besondere Worte des Dankes kleidete. Da sich zur Aussprache trotz mehrfacher Aufforderung niemand meldete, konstatierte der Referent im Schlussworte die zweifelloste Uebereinstimmung der Anwesenden mit seinen Ausführungen und forderte auf, daraus auch die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen und am 19. Januar mit dem Stimmzettel für die Farben Schwarz-Rot-Gold, die Deutsche Demokratische Partei, einzutreten.

— **Zur Beachtung für die Wahlen am Sonntag!** So zeitig als möglich antreten! Die Zahl der Wähler ist in einigen Wahlbezirken so groß, daß die zur Wahl zur Verfügung stehenden 11 Stunden = 660 Minuten auch bei glattester Abwicklung des Wahlgeschäftes überhaupt nicht ausreichen werden, um allen Wählern die Ausübung ihres Wahlrechtes zu ermöglichen. Wenn z. B. 1000 Wahlberechtigte auf einen Wahlbezirk kommen, entfällt auf einen Wähler gerade 3/4 Minute! Darum am besten schon vor Beginn der Wahlstunden antreten! — und sich auf längeres Anstellen und Stehen in bezug vor dem Wahllokal einrichten (Proviant mitnehmen). Wie freilich alte und

schwächliche Personen das aushalten sollen, ist fraglich — es ist zu wünschen, daß sie außer der Reihe abgefertigt werden, und daß in jedem Wahllokal Sanitätspersonal in genügender Anzahl zur ersten Hilfeleistung für Ohnmächtige zur Stelle ist. Jedenfalls aber soll Niemand glauben, daß er sich mit dem Gang für die Wahlzeit lassen kann bis zum späten Nachmittag — er läuft dann Gefahr, trotz langen Wartens doch nicht mehr dranzukommen, seine Stimme aber geht seiner Partei verloren. Wahlzettel selbst mitbringen! Jeder Wähler tut gut, sich seine Wahlzettel vorher zu versorgen und nicht im Wahllokal erst einen von unbekannter Hand entgegen zu nehmen. Bekanntlich genügt es, wenn auf dem Zettel nur ein Name steht, der deutlich erkennen läßt, welche Liste der Wähler meint. Dagegen ist der Wahlzettel ungültig, wenn etwa auf ihm Namen aus zwei verschiedenen Listen stehen. Hier liegt bei gedruckten Wahlzetteln die Gefahr der Täuschung vor: an der Spitze stehen die Namen einer Liste, aber zwischendurch ist vielleicht ein weniger bekannter durch einen andern aus einer anderen Liste ersetzt und wer will das im Augenblick kontrollieren? Darum ist es sicherer, sich einen richtigen Wahlzettel vorher zu besorgen und mitzubringen. Keine Parteibezeichnung, überhaupt nichts anderes darf auf dem Zettel stehen, den man in der Wahlzelle in den amtlich abgestempelten Umschlag steckt und dann am Wahlstisch abgibt. Ausweispapier mitbringen! Als solches gilt Einwohnerzettel, Steuerzettel, Mietsquittung, Dienst- und Arbeitsbuch, Militärpapiere.

— **Es ist ein Verstum, wenn jemand glaubt, daß er am Sonntag nicht zur Wahl gehen könne, weil er keinen Wahlausweis besitzt.** Für die Nationalversammlung ist ein Wahlausweis nicht notwendig; das Wahlrecht übt jeder aus, der in der Wählerliste eingetragen ist, die während der Wahl im Wahllokale ausliegt.

— **Die Maul- und Klauenseuche und die Lungen- seuche des Rindviehs** sind in der Amtshauptmannschaft Meißen in den Orten Brockwitz, Niederau, Dittmannsdorf und Elgersdorf in je einem Falle aufgetreten.

— **Die Arbeiten zur Hochlegung der Bahnstrecke Dresden-Potschappel** werden jetzt vom Eisenbahnbauamt ausgeschrieben. In Frage kommt jetzt die Strecke Vorstadt Plauen-Potschappel. Wie bekannt, soll die Bahnstrecke hochgelegt werden. Die Steigung beginnt hinter der Rossener Brücke und endet hinter dem Felsenkeller. Mit dem Umbau verbunden ist die Verlegung des Haltepunktes Plauen, der zwischen das Gäßchen und die Straße Altplauen bzw. über diese hinweg zu liegen kommt. Die Haltestelle am Felsenkeller wird eingezogen. In unmittelbarem Zusammenhang mit dem Bahnumbau steht auch der Neubau der Uharandter Landstraße entlang dem Ratssteinbruch gegenüber dem Biener-Parck, der nun auch in Angriff genommen worden ist. Die Straßenverlegung macht sich nötig, weil die alte Forsthausbrücke abgebrochen werden muß, um Platz für die Streckenerweiterung zu bekommen. Auch das bereits angekaufte alte historische Forsthaus wird aus dem gleichen Grunde ein Opfer der Neuzeit.

— **Kaufbach.** Immer frecher wird das Diebes- gesindel. Im Herrnsdorffschen Gate stieg es in den Stall und nahm ein Schaf und eine Kalbe. Dieser schlugen die Einbrecher den Kopf ab, den sie zum Hohne liegen ließen, um dann unbemerkt zu entkommen.

— **Jella.** Die hiesige Beschäftigung ist wieder mit 4 Hengsten, 2 Oldenburgern, 2 Belgern, besetzt.

— **Eibau.** Ein Ueberfall wurde auf dem Friedhofe auf Pastor Dr. Jöller verübt. Er war im Begriff, nach Hause zu gehen, als sich ihm ein Mann näherte, der ihn würgte und mit der Faust auf den Kopf schlug, so daß Pastor Jöller bewußtlos zusammenbrach. In dieser hilflosen Lage wurde er aufgefunden. Der Ueberfall hat allem Anschein nach politische Gründe, da Dr. Jöller am politischen Leben in der hiesigen Gegend starken Anteil nahm.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer L. R. Gärtner, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Offene Anfragen

1. an Herrn

Direktor Gütschow!

Sie haben sich gestern als Versammlungstredner der Deutschen Demokratischen Partei als Gegner der Sozialisierung bekannt. Wie stellen Sie sich aber zu der Frage, ob auch in Zukunft unter Ihrer Mitwirkung wertvolle deutsche industrielle Unternehmungen ausländischem Trustkapital ausgeliefert werden sollen?

2. an Herrn

Syndikus Litzfel!

Noch vor nicht allzu langer Zeit haben Sie Herrn Direktor Gütschow als Vertrauensmann des englisch-amerikanischen Tabaktrustes bezeichnet, der sich zur Aufgabe gesetzt habe, sich die gesamte deutsche Zigarettenproduktion botmäßig zu machen. Nach Ihrer eigenen Behauptung hat Herr Gütschow es als seine Lebensaufgabe bezeichnet,

die deutsche Industrie, „die dummen Deutschen“, dem Stolz seiner „englischen Freunde“ dienstbar zu machen.

Sie haben unter Berufung auf zahlreiche gerichtliche Urteile, die allerdings keine Schematische für Herrn Gütschow enthalten, behauptet, Herr Gütschow hätte fortgesetzt im Interesse des englischen Trustes eine Politik der Täuschung und Unwahrheit geführt. (Vergleichen Sie dafür, daß Sie diese Behauptungen aufgestellt haben, werden in unserer Geschäftsstelle, Reichenstraße 32, niedergelegt.)

Wie kommt es, daß Sie jetzt Arm in Arm mit einem solchen Manne in den Wahlkampf ziehen?

Keine Stimme einer Partei, in deren Reihen ein Gütschow kämpft!

Jede Stimme der

Liste der Deutschen Volkspartei (Heinze-Liste).

Dresden, am 16. Januar 1919.

Dresdner Reichsverein der Deutschen Volkspartei.

Kauf Schlachtpferde
zu höchsten Preisen.
August Hohlfeld,
Wilsdruff, Fernspr. 554.
Im Notfalle sofort zur Stelle.

Elektrische Kocher, Platten und Döpfe
in eigener Werkstatt gefertigt, empfiehlt
Strobel & Pöhrig,
Dresden, a. d. Bürgermeiere 6.
Bitte Spannung der Leistung angegeben.

Ordentl. Mädchen,
vom Lande, 17 Jahre alt, sucht für sofort oder ab 1. Februar Stellung in der Landwirtschaft. (Wst. Ang. u. 1556 a. d. Geschäftsst. d. Blattes erbeten.)

Seimgekehrter Krieger
hat einige selbstgearbeitete solide neue Sofas z. verk. mit noch gutem Bezug. Näheres Dresden, Weberstraße 21 II.
Frauen!
Wählt nicht sozialdemokratisch

3. an die

Deutsche Demokratische Partei!

Sie haben bisher fortgesetzt bestritten, Beziehungen zur goldenen Internationale zu haben. Können Sie das auch jetzt noch bestreiten, nachdem Herr Direktor Gütschow für Sie tätig ist, derselbe Mann, der als Vertrauensmann des englisch-amerikanischen Tabak-Trustes jahrelang daran gearbeitet hat, die deutsche Industrie in die Gewalt ausländischen Großkapitals zu bringen?

4. an die

Wähler, insbesondere an die Kaufleute und Industriellen!

Können Sie sich einer Partei anschließen, für die ein Mann kämpft, dessen Treiben unheilvoll für die deutsche Industrie gewesen ist? Wollt Ihr Euch von einem solchen Manne darüber beraten lassen, was im Interesse der deutschen Industrie getan und nicht getan werden soll? **Laßt Euch nicht von einem Manne umgarnen, von dem man nach seiner Vergangenheit befürchten muß, daß er auch heute noch darauf ausgeht, Eure Unternehmungen dem ausländischen feindlichen Großkapital in die Hände zu spielen!**

Gasthof Limbadj.

Sonntag den 19. Januar

Feiner Ball

wozu bestens einladet 1891 A. Kubisch.

Oldenburger Zucht- und Milchvieh-Verkauf.



Von Sonntag früh den 19. Januar ds. Js. an stellen wir einen großen Transport oldenburger

Zucht- u. Milchvieh

sowie sprungfähige

Herdbuch - Bullen

preiswert zum Verkauf. 1891

Kesselsdorf, Gebr. Ferch,
am Bahnhof. — Fernsprecher Amt Wilsdruff Nr. 471.

2 bis 3 tüchtige Tischler

für echte Möbel können sofort eintreten bei 1870

Fr. Theodor Müller.

Suche ab 1. Februar oder später Stellung als

Schirrmeister oder 2. Verwalter.

Bin 24 Jahre alt, militärfrei; evtl. Uebernahme der ersten Pferde. Offerten erbeten an 1880

Mag. Abigau, Gastwirt
Wilsdruff.

An die Frauen!

Wollt Ihr immer Polonäse stehen?
Der sozialistische Staat teilt jedem zu, genau wie im Kriege.
Wollt Ihr Euch vorschreiben lassen, was Ihr kaufen dürft?
Im sozialistischen Staate wird nicht produziert was Ihr haben wollt, sondern was die Regierung haben will.
Wollt Ihr hungern?
Der sozialistische Staat hat im Auslande keinen Kredit, er kann nichts kaufen.

Darum wählt nicht sozialistisch.

Wer keinen Klassenstaat, sondern einen Volksstaat will, wählt heute die Liste d. Deutschen Demokratischen Partei: Nitzschke, Steinsdorf, Külz, Stritt, Kraft.

Freiw. Sanitätskolonne

ladet zu der Montag den 20. d. M. abends 8 Uhr im
Gasthof zum Weißen Adler stattfindenden

Hauptversammlung

ein. Besonders erwünscht ist das Erscheinen aller aus dem
Felde zurückgekehrten Kameraden.

1565

Der Kolonnenarzt.

Jugend-Berein „Immergrün“ Taubenheim

hält Sonntag den 26. Januar ein

Eröffnungs-Kränzchen

ab.

Anfang 6 Uhr.

Anfang 6 Uhr.

Es ladet herzlich ein

Der Vorstand.



Linden- schlösschen.

Sonntag den 19. Januar
von nachmittags 4 Uhr an

feiner Ball.

Gasthof Klipphausen.

Sonntag den 19. Januar von nachm. 4 Uhr ab

Feine Militär-Ballmusik

wozu freundlichst einladet

Otto Schöne.

Dem geehrten Publikum von
Wilsdruff und Umgegend zur
gefl. Kenntnis, daß sich meine
Wohnung vom 15. Januar ab

in Starbach

am Bahnhof befindet.

Telefon Amt Dollen Nr. 41.

Franz Klinger

Bezirksaufkäufer
für Kartoffeln und Gemüse.

Deutsch-Österreicher!

Ihr Alle, Männer und Frauen, habt das
Wahlrecht

zur Deutschen Nationalversammlung.

Nacht ausnahmslos von Eurem Wahlrecht Gebrauch!

Geht Eure Stimmen der nationalen und liberalen

Deutschen Volkspartei

Sie tritt mit aller Kraft für die

Vereinigung mit Deutsch-Österreich

ein. Wähle die Liste, an deren Spitze steht:

Dr. Heinze!

Wählt bürgerlich!

Burnus

das vorzügliche Waschmittel,
ohne Marken. Paket 80 Pfg.
Drogerie Paul Klegisch.

Achtung! Zahl für
Schlachtpferde
angemessene Preise. Hof-
schlachtereier Heier. Hahnisch,
Potschappel. Tel. 2779 Amt
Dauben. Bei Nachschichten
Transportwagen zur Stelle.

Piano

aus Priv. zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preis an
Regel, Dresden,
Geisplatz 11 III.

Mädchen

bei Familienanschluß in kleine
Landwirtschaft gesucht

Wo, zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle d. Bl. n. 1517.

Die lästigen Schuppen!

beseitigt mit Garantie Schwefel-
pomade „Phlodermine“
„Marke Wickenburg“. Bei:
Paul Klegisch, Drogerie. 1223

Bürgerliche Frauen!

Wahlrecht ist Wahlpflicht.

Nach Rückkehr aus dem Felde
habe ich meine

Rechtsanwalts- u. Notariatspraxis

wieder aufgenommen.

Geschäftszeit in meiner Kanzlei, Freiburger
Straße 108!, täglich außer Sonntags 8—12
und 2—6 Uhr, Sonnabends nur bis 5 Uhr.

Wilsdruff, am 15. Januar 1919.

Dr. jur. Ernst Kronfeld.

Oswald Mensch
Rossschlächtereier Potschappel
Fernsprecher Nr. 735 Amt Dauben.

Zahn-Praxis

Ernst Hartmann

früherer Assistent von Fritz Klegisch — jetzt

„Stadt Dresden“

Freiburger Straße.

Sprechzeit: täglich 9—5 Uhr, außer Sonntags.

Allen lieben Freunden und Bekannten hierdurch
die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau, unsere
gute treuversorgende Mutter

Frau Marie Beuchel

gestern mittag 1 Uhr nach längerem Kranksein sanft
enischlafen ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Koizsch bei Kesselsdorf, am 17. Januar 1919.

Hermann Beuchel u. Kinder
nebst übrigen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag den 20. Januar nachmittags 3 Uhr vom
Trauerhause aus auf dem Friedhof zu Untersdorf statt.

Wahlaufruf der Deutschen Demokratischen Partei.

Das alte Regierungssystem in Deutschland ist zusammengebrochen. Drei Millionen Tote und Invalide, die Einbuße des größeren Teiles unseres Volksvermögens, der Verlust von Schiffahrt und Außenhandel, Hunger und Elend kennzeichnen das Trümmersfeld, das uns eine verfehlte äußere und innere Politik hinterlassen hat.

Die Bahn zum freien Volksstaat ist offen. Aber allzu lange schon dauert die mit der Revolution verbundene Unordnung und Gesetzlosigkeit. Erleben wir nicht die tägliche Bedrohung durch die Spartacus-Leute, die Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens durch politische Streiks und sinnlose Lohnforderungen, die Losreißung deutscher Reichsgebiete durch die Polen, die würdelose Zersplitterung des Reiches im Innern? Wahrlich, die Gesetze Deutschlands sind schlecht aufgehoben, so lange nicht Ordnung und Gesetzmäßigkeit wiederkehren.

In dieser Not können nur große Parteien wirksam am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitarbeiten. In der

Deutschen Demokratischen Partei

haben sich alle zusammengeschlossen, die, auf dem Boden der Republik stehend, bei den Wahlen zur Nationalversammlung das Schicksal Deutschlands weder der Reaktion ausliefern, noch der Sozialdemokratie allein überlassen wollen.

Wir verlangen, daß die Wahlen zur Nationalversammlung mit größter Beschleunigung anberaumt werden.

Wir wollen die errungenen politischen Freiheiten nicht wieder preisgeben. Wir treten deshalb bei den Wahlen ein für die Errichtung einer deutschen Republik, in der alle öffentliche Macht allein auf dem Willen des souveränen Volkes beruht. In ihr sollen die einzelnen deutschen Stämme ihre Eigenart selbständig und frei entwickeln können. Wir fordern die völlige Gleichheit aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen vor dem Gesetz und in der Verwaltung ohne Rücksicht auf Stand, Klasse oder Bekenntnis, und verlangen die Freiheit des Gewissens und der Religionsübung. Eine Trennung von Staat und Kirche ist nur denkbar unter voller Wahrung der Würde und unter Sicherung der finanziellen Selbständigkeit der Kirche.

Der ordentlichen Arbeit gebührt als Lohn ein auskömmliches, lebenswertes Dasein und Teilnahme an den Gütern der Kultur. Staatliche Anerkennung der Arbeiter- und Angestelltenverbände, obligatorisches Schiedsgericht sowie Gewährleistungen der durch Tarifverträge festgesetzten Arbeitsbedingungen, insbesondere auch der vereinbarten Mindestlöhne und Mindestgehälter, müssen hierzu verhelfen. Auch den wirtschaftlich Schwachen, vor allen den Kriegsbeschädigten, den Witwen und Waisen unserer Gefallenen, muß der Staat eine menschenwürdige Existenz schaffen. Den Tüchtigen dürfen weder Standesvorrechte noch Bürokratismus, weder Geldmacht noch Klassenvorurteile am Aufstieg hindern. Der Staat hat allen Befähigten die gleiche Ausbildung auf Schule und Hochschule zu verbürgen. Denn nur der Tüchtige hat in einer freien Demokratie gerechten Anspruch auf Vorwärtskommen.

Notwendig ist eine wirklich soziale Steuerpolitik! Einmalige progressive Vermögensabgabe, auf angemessene Zeit verteilt. Gestaffelte Einkommensteuer unter möglichster Schonung der kinderreichen Familien, des Arbeitseinkommens und der kleinen Vermögen. Allgemeine Erbschaftsteuer für jeden größeren Nachlaß. Vor allem aber schärfste Erfassung der Kriegsgewinne. An diesem Kriege darf kein Deutscher sich bereichert haben.

Solche Lasten aber können nur getragen werden bei Aufrechterhaltung des Privateigentums und einer Wirtschaftsordnung, die das Interesse des einzelnen am Erwerb lebendig hält und ihn zu höchster Tätigkeit anspornt. Die unerhörte Verschuldung, der Mangel an Rohstoffen und die Zerstörung unseres Außenhandels bedrohen uns mit einer Wirtschaftskrise sondergleichen. Nur die gemeinsame Anspannung aller Kräfte von Unternehmern und Arbeitern, von Selbständigen und Angestellten kann den Zusammenbruch verhindern. Darum verwerfen wir die von der Sozialdemokratie angestrebte Ueberführung aller Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft. Das Beispiel der Kriegsgesellschaften schreckt! Die Frage der Sozialisierung ist rein sachlich für jeden Einzelfall danach zu entscheiden, ob eine Steigerung der Erwerbsmöglichkeiten der breiten Massen und eine Erhöhung des Produktionsertrages

Beitrittserklärung zur Deutschen Demokratischen Partei.

Name: Vorname: Beruf:

Wohnort: Straße u. Hausnummer: Fernspr.:

Einmalige Beitragsverpflichtung: Mk. Jährliche Beitragsverpflichtung: Mk.

Wollen Sie sich im Parteiinteresse betätigen? Wie?

Bemerkungen:

An den Verein der Deutschen Demokratischen Partei
Ortsgruppe Wilsdruff.

Druck und Verlag:
Richd. Erdmann Schmidt, Dresden-A.

erzielt werden kann. Keinesfalls dürfen Staatseingriffe in der Form der Bürokratisierung des Wirtschaftslebens erfolgen.

Im Gegensatz zum Parteiprogramm der Sozialdemokratie sind wir von dem Wert und der Unentbehrlichkeit des Handwerks und Kleinhandels überzeugt. Wir erstreben die Wiederaufrichtung des Handwerks durch schleunige Zuführung von Rohstoffen, Kreditbeschaffung und Fürsorge für das Lehrlingswesen.

Die politische und wirtschaftliche Stellung der Beamten muß auf zeitgemäßer Grundlage gesetzlich aufgebaut werden. Ihre Freiheit muß durch Ausbau des Beamtenrechts gesichert, die Erreichung auch der höchsten Amtsstellen den hierzu Geeigneten ermöglicht werden; wohlverworbene Rechte, besonders Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge, müssen gewahrt, die Organisationen der Beamten anerkannt werden.

Auch die Bauern sind nicht untergegangen, wie die Sozialdemokratie prophezeit hat. Mehr denn je brauchen wir heute einen starken Bauernstand. Darum verlangen wir Beschränkung des Großgrundbesitzes, Beseitigung der Fideikomnisse und aller ähnlichen feudalen Vorrechte. Der Erwerb von Grundbesitz muß auch den ländlichen Arbeitern durch eine planmäßige Siedlungspolitik erleichtert werden. Kein Wirtschaftszweig ist weniger geeignet zur Verstaatlichung als die Landwirtschaft. Der freie Bauer auf freiem Boden!

Militaristische Gewaltpolitik hüben und drüben hat uns in diesen Krieg geführt. Das Recht muß unter den Völkern herrschen. Wir verlangen eine auswärtige Politik, die getragen ist vom Geiste dauernden Friedens, und Deutschlands Geltung in der Welt sichert.

Wir treten ein für einen Bund gleichberechtigter Völker, für internationale Schiedsgerichte und für eine gleichmäßige Beschränkung der Rüstungen. Im Heere verlangen wir die Beseitigung aller Privilegien.

Wir fordern Freiheit der Meere und freie Entwicklung von Handel und Schifffahrt. Der Außenhandel

ist unentbehrlich zum Wiederaufbau der Wirtschaft und zur Vermehrung der Erwerbsgelegenheiten unseres Volkes.

Vorbedingung für eine gute Auslandspolitik ist eine durchgreifende Reform des auswärtigen Dienstes. Die Rechte der Auslandsdeutschen und die Kolonialinteressen des deutschen Volkes müssen gewahrt werden. Wir verlangen bei den Friedensverhandlungen auch für uns das volle freie Selbstbestimmungsrecht, das wir den anderen Völkern zugestehen. Wir fordern, daß bei der Regelung der Nationalitätenfrage in Elsaß-Lothringen und in der Ostmark neben den nationalen, auch die wirtschaftlichen, geographischen und kulturellen Beziehungen voll berücksichtigt werden. Gegen jede Verletzung dieses Selbstbestimmungsrechtes, das auch den Deutschösterreichern gebührt, werden wir uns dauernd wehren. Wir treten ein für den gesetzlichen Schutz fremdsprachlicher Minderheiten in Deutschland und verlangen das gleiche Recht für die deutschen Minderheiten im Ausland.

Die Welt soll wissen, daß die Kraft der deutschen Nation in aller Zukunft nicht ausgeschaltet werden kann. Wir wollen, daß die Vertreter des deutschen Volkes stolz und aufrecht zur Friedenskonferenz gehen. Wir wollen, daß sie so sprechen, wie es den Abgesandten eines ungeheurer Uebermacht unterlegenen, heute freien und selbständigen Volkes geziemt.

Wähler und Wählerinnen!

In eure Hand ist eures Volkes Schicksal gelegt. Wer mit uns eintritt für eine demokratische Republik, für volle politische Gleichberechtigung, für die Abwehr jeder Gewaltherrschaft, für den Wiederaufbau des einigen deutschen Vaterlandes in freiheitlichem Geiste zu wirtschaftlicher und kultureller Größe, der Stimme für die

Deutsche Demokratische Partei.

